

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [ZPO: Auskunftspflicht bezüglich künftiger Forderungen](#)
Beschluss 03.02.2011, I ZB 2/10
2. [UWG: Verhältnis von Reseller zu Endkunde](#)
Urteil 28.10.2010, I ZR 174/08
3. [BGB: Kenntnis für Verjährungsbeginn bei Geschäftsführer](#)
Urteil 15.03.2011, II ZR 301/09
4. [HGB: Feststellungsklage gegen Mitgesellschafter wegen Beschlussnichtigkeit](#)
Urteil 01.03.2011, II ZR 83/09
5. [BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz](#)
Urteil 24.03.2011, VII ZR 164/10
6. [BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz](#)
Urteil 24.03.2011, VII ZR 135/10
7. [BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz](#)
Urteil 24.03.2011, VII ZR 111/10
8. [EEG 2004: Zeitpunkt der Inbetriebnahme bei vorausgegangenem Anfahrbetrieb](#)
Urteil 16.03.2011, VIII ZR 48/10
9. [InsO: Massezugehörigkeit des Anspruchs aus zweckgebundenem Darlehensvertrag](#)
Urteil 17.03.2011, IX ZR 166/08
10. [StGB: Urkundenfälschung auf Wahlbenachrichtigungskarte und Wahlfälschung](#)
Urteil 17.03.2011, 1 StR 407/10

Urteile und Beschlüsse:

1. ZPO: Auskunftspflicht bezüglich künftiger Forderungen

Beschluss 03.02.2011, I ZB 2/10

ZPO § 807, Die Auskunftspflicht nach § 807 ZPO erstreckt sich auch auf künftige

Die Auskunftspflicht nach § 807 ZPO erstreckt sich auch auf künftige Forderungen des Schuldners, sofern der Rechtsgrund und der Drittschuldner der Forderung im Zeitpunkt der Auskunftserteilung hinreichend bestimmt sind.

Bei künftigen Forderungen eines selbständig tätigen Schuldners gegen seine Kunden ist diese Voraussetzung allerdings regelmäßig nur im Falle einer laufenden Geschäftsbeziehung erfüllt, bei der die begründete Erwartung besteht, der Schuldner werde auch künftig Aufträge von seinen bisherigen Kunden erhalten. In einem solchen Fall bestehen grundsätzlich keine rechtlichen Bedenken, die Auskunftspflicht auf die Geschäftsvorfälle der letzten zwölf Monate zu erstrecken.

2. UWG: Verhältnis von Reseller zu Endkunde

Urteil 28.10.2010, I ZR 174/08

UWG § 8 Abs. 2

Anbieter von Telefondienstleistungen, die nicht über ein eigenes Netz verfügen und die sich daher hinsichtlich der von ihnen angebotenen Leistung bei Netzbetreibern eindecken müssen (sog. Reseller), handeln im Verhältnis zu Endkunden nicht als Beauftragte der Netzbetreiber, die ihnen die benötigten Netzdienstleistungen als Vorprodukt zur Verfügung stellen.

3. BGB: Kenntnis für Verjährungsbeginn bei Geschäftsführer

Urteil 15.03.2011, II ZR 301/09

BGB § 199 Abs. 1 Nr. 2

Die für den Verjährungsbeginn erforderliche Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände kann der Gesellschaft nicht durch ihren Geschäftsführer vermittelt werden, wenn dieser selbst Schuldner ist.

4. HGB: Feststellungsklage gegen Mitgesellschafter wegen Beschlussnichtigkeit

Urteil 01.03.2011, II ZR 83/09

HGB §§ 119, 161

a)Die Nichtigkeit von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung einer Kommanditgesellschaft wird durch Feststellungsklage gegen die Mitgesellschafter geltend gemacht, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag bestimmt, dass der Streit mit der Gesellschaft auszutragen ist.

b)Ob das kapitalgesellschaftsrechtliche System übernommen ist, hängt von der Auslegung des Gesellschaftsvertrags im Einzelfall ab. Allein die Vereinbarung einer "Anfechtungsfrist" bedeutet nicht, dass die Klage gegen die Gesellschaft zu

5. BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz

Urteil 24.03.2011, VII ZR 164/10

BGB § 649

a) Der Besteller darf einen Werkvertrag, mit dem sich der Unternehmer für eine Mindestvertragslaufzeit von 48 Monaten zur Bereitstellung, Gestaltung und Betreuung einer Internetpräsenz verpflichtet hat, jederzeit gemäß § 649 Satz 1 BGB kündigen.

b) Der Unternehmer muss zur Begründung seines Anspruchs aus § 649 Satz 2 BGB grundsätzlich vortragen, welcher Anteil der vertraglichen Vergütung auf die erbrachten und nicht erbrachten Leistungen entfällt und darüber hinaus vertragsbezogen darlegen, welche Kosten er hinsichtlich der nicht erbrachten Leistungen erspart hat.

6. BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz

Urteil 24.03.2011, VII ZR 135/10

BGB § 649

a) Der Besteller darf einen Werkvertrag, mit dem sich der Unternehmer für eine Mindestvertragslaufzeit von 48 Monaten zur Bereitstellung, Gestaltung und Betreuung einer Internetpräsenz verpflichtet hat, jederzeit gemäß § 649 Satz 1 BGB kündigen.

b) Der Unternehmer muss zur Begründung seines Anspruchs aus § 649 Satz 2 BGB grundsätzlich vortragen, welcher Anteil der vertraglichen Vergütung auf die erbrachten und nicht erbrachten Leistungen entfällt und darüber hinaus vertragsbezogen darlegen, welche Kosten er hinsichtlich der nicht erbrachten Leistungen erspart hat.

7. BGB: Kündigung der Betreuung einer Internetpräsenz

Urteil 24.03.2011, VII ZR 111/10

a) Der Besteller darf einen Werkvertrag, mit dem sich der Unternehmer für eine Mindestvertragslaufzeit von 48 Monaten zur Bereitstellung, Gestaltung und Betreuung einer Internetpräsenz verpflichtet hat, jederzeit gemäß § 649 Satz 1 BGB kündigen.

b)Der Unternehmer muss zur Begründung seines Anspruchs aus § 649 Satz 2 BGB grundsätzlich vortragen, welcher Anteil der vertraglichen Vergütung auf die erbrachten und nicht erbrachten Leistungen entfällt und darüber hinaus vertragsbezogen darlegen, welche Kosten er hinsichtlich der nicht erbrachten Leistungen erspart hat.

8. EEG 2004: Zeitpunkt der Inbetriebnahme bei vorausgegangenem Anfahrbetrieb

Urteil 16.03.2011, VIII ZR 48/10

EEG 2004 §§ 3, 8

Für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbarer Energie ist auch dann auf die erstmalige Inbetriebsetzung der Anlage nach Herstellung ihrer technischen Betriebsbereitschaft abzustellen, wenn der Stromerzeugung aus Erneuerbarer Energie zunächst ein technisch notwendiger konventioneller Anfahrbetrieb mit fossilen Brennstoffen vorausgeht (Fortführung von BGH, Urteil vom 21. Mai 2008 - VIII ZR 308/07, WM 2008, 1799).

9. InsO: Massezugehörigkeit des Anspruchs aus zweckgebundenem Darlehensvertrag

Urteil 17.03.2011, IX ZR 166/08

InsO § 129 Abs. 1

Der Anspruch des Insolvenzschuldners aus einem Darlehensvertrag mit der Zweckbindung, den Kreditbetrag einem bestimmten Gläubiger zuzuwenden, gehört grundsätzlich zur Insolvenzmasse. Das gilt auch dann, wenn der Kredit nicht unmittelbar an den Begünstigten ausgezahlt wird, sondern die Valuta zunächst auf das Fremdkonto eines von Schuldner und Darlehensgeber gemeinsam beauftragten Rechtsanwalts überwiesen und von dort an den Begünstigten weitergeleitet wird (Fortführung von BGH, Urteil vom 7. Juni 2001 - IX ZR 195/00, NZI 2001, 539).

10. StGB: Urkundenfälschung auf Wahlbenachrichtigungskarte und Wahlfälschung

Urteil 17.03.2011, 1 StR 407/10

StGB §§ 107a, 267, 52, 53

Eine Urkundenfälschung auf der Wahlbenachrichtigungskarte bezüglich des Antrags auf Erteilung von Briefwahlunterlagen und eine nachfolgende Wahlfälschung unter Verwendung des aufgrund dieses Antrags ausgegebenen Stimmzettels sind nicht im Sinne einer Bewertungseinheit tateinheitlich verbunden, sondern stehen im Verhältnis von Tatmehrheit zueinander. Der Umstand, dass der Täter die Urkundenfälschung nur begeht, um in den Besitz der Briefwahlunterlagen zu kommen und den Stimmzettel selbst ausfüllen zu können, ändert daran nichts.